

Ressort: Politik

Bundestag beschließt härtere Strafen für Wohnungseinbrüche

Berlin, 29.06.2017, 17:37 Uhr

GDN - Der Bundestag hat am Donnerstag wie erwartet mit den Stimmen der Großen Koalition härtere Strafen für Wohnungseinbrüche beschlossen. Künftig kann Wohnungseinbruch mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren bestraft werden.

Die Strafzumessungsregelung des minder schweren Falles soll für den Wohnungseinbruchdiebstahl nicht mehr anwendbar sein. Gleichzeitig wird den Ermittlungsbehörden aber auch erlaubt, auf Vorrat gespeicherte Verkehrsdaten zurückzugreifen. Grüne und Linke kritisierten die härteren Strafen. Im Gegensatz zum Strafrahen müssten vielmehr die staatlichen Förderungen für Sicherungsmaßnahmen an Gebäuden erhöht oder mehr Polizisten eingestellt werden.

Bericht online:

<https://www.gemandailynews.com/bericht-91398/bundestag-beschliesst-haertere-strafen-fuer-wohnungseinbrueche.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com